



## Dr. Christos Pantazis

Mitglied des Niedersächsischen Landtages  
Abgeordneter des Wahlkreises 1 | Braunschweig-Nord

Bürgerbüro DR. PANTAZIS MdL | Schloßstraße 8 | 38100 Braunschweig

**BÜRGERBÜRO DR. PANTAZIS MdL**

Volksfreundhaus

Schloßstraße 8

38100 Braunschweig

Fon: +49 531 – 480 98 27

Fax: +49 531 – 480 98 26

[info@christos-pantazis.de](mailto:info@christos-pantazis.de)

[www.christos-pantazis.de](http://www.christos-pantazis.de)

**7. März 2016**

### Dr. Christos Pantazis MdL:

**17.02.2016**

**TOP 2**

*Wer ist hier „integrationsunwillig“? Sprach- und Integrationskurse ausbauen statt Sanktionskeule schwingen!*

Sehr geehrter Herr Präsident,  
Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Ich will es einmal so sagen: Jetzt schlägt es 13, nämlich in der Hinsicht, dass der 13. März naht. Dann sind Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Dieser Umstand ist in der aktuellen Debatte nicht ganz unwichtig. Denn seitdem dieser Tag immer näher rückt, vergeht kein Tag, an dem uns die neue Frontfrau für Integration der CDU nicht einen neuen Plan präsentiert und tagtäglich Schlagzeilen generieren will, um von der inneren Zerrissenheit der Union, der CSU und der CDU, abzulenken, um mit einem rein bundespolitischen Thema Wahlkampf zu machen.

Nun hat die CDU mit ihrer Frontfrau das Thema Integration für sich entdeckt. Seit November, also schon im Vorfeld des CDU-Bundesparteitags, überhäuft sie uns mit Vorschlägen und Pressemitteilungen zu diesem Themenfeld. Unter dem Deckmantel einer neuen Leitkulturdebatte fordert sie die Integrationspflicht für vermeintlich integrationsunwillige Flüchtlinge und die Anerkennung des Existenzrechts Israels.

Gleichzeitig soll ein Vertrag geschlossen werden, in dem der Vorrang der deutschen Gesetze vor der Scharia eingefordert wird. Das Burkaverbot wird noch einmal angesprochen, nochmals pressetechnisch bespielt.

Außerdem darf es keine Diskriminierung von Frau-en und Homosexuellen geben. Das ist ein Thema, für das sich die CDU offensichtlich die letzten Jahre sehr stark eingesetzt hat. Es werden Pläne präsentiert wie zum Beispiel der Plan A2 und dergleichen.

Immer wieder wird die Sanktionskeule geschwungen. Da ist die Rede von der Kürzung von Sozialleistungen für, wie gesagt, vermeintlich integrationsunwillige Flüchtlinge.

Alles das kulminiert aktuell in dem Integrationspapier „Fördern und Fordern“, das der Bundesvorstand jetzt verabschiedet und präsentiert hat. Die-se Lösung ist nicht neu, weil sie schließlich auch schon in dem Integrationspapier der SPD vom Dezember 2015 zu finden war. Aber bei Ihnen ist es

**PLENARREDE**

[www.facebook.com/ch.pantazis](http://www.facebook.com/ch.pantazis) [www.twitter.com/ch\\_pantazis](http://www.twitter.com/ch_pantazis)

Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Migration und Teilhabe  
Mitglied des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration  
Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur  
Stellv. Mitglied des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  
Mitglied der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe

folgendermaßen: Bei Ihnen liegt das Gewicht eindeutig auf der Losung „Fordern und Sanktionen“.

Sie wollen da eindeutig durchgreifen, ganz abgesehen davon, dass der latente Vorwurf der CDU in dem Papier völlig haltlos ist; denn die Leute, die sich hier aufhalten, die zu uns geflüchtet sind, sind in der Regel integrationswillig. Sie wollen die deutsche Sprache lernen. Sie wollen sich einfinden. Es ist eine Mär zu erzählen, dass es in dieser Hinsicht integrationsunwillige Flüchtlinge gibt.

Und nicht nur das. Neben der Sanktionskeule, die ständig geschwungen wird, wurde in der ursprünglichen Fassung Ihres Papiers auch die Aussetzung des Mindestlohns für Flüchtlinge angesprochen. Ich erinnere daran - Frau Modder hatte das vorhin schon erwähnt -: Frau Klöckner hat dann ziemlich selbstbewusst und in einer provozierenden Äußerung voreilig gegenüber der Presse geäußert, die SPD werde diesem Vorschlag selbstverständlich zustimmen; denn es gebe ja einen sozialdemokratischen Dreisprung. Am Tag darauf wurde das Papier präsentiert, und der Mindestlohn ist nicht mehr enthalten. Wir in Braunschweig sagen: Da ist ein Löwe gesprungen und als Bettvorleger gelandet, wenn ich ganz ehrlich bin. Und das ist gut so.

Unbestritten ist: Ging es im letzten Jahr zunächst um die schlichte Unterberingung der zu uns Kommenden, muss es nun um Integration derselben gehen. Dazu haben wir - das habe ich vorhin auch schon gesagt - ein Papier vorgelegt, den sogenannten Dreyer-Plan, wie wir ihn nennen, und konkrete Vorschläge gemacht; denn wir brauchen nach den Asylpaketen endlich auch ein Integrationspaket I unter dem Motto, und zwar ehrlich gemeint: fördern und fordern und nicht nur fordern und Sanktionen beschließen.

Bildung, Arbeit, Wohnen und öffentliche Sicherheit müssen für alle Menschen garantiert werden. Jetzt müssen die Entscheidungen getroffen werden, diesen Integrationsplan für die nächsten zehn Jahre zu beschließen. Das ist eine Staatsaufgabe, aber dagegen verweigern Sie sich. Sie weigern sich - auch im Vorfeld der Landtagswahlen -, die Wahrheit zu sagen: Denn wer A sagt, muss auch B sagen können. Wer A sagt, also sich im Sinne der Integrationspflicht äußert, der muss auch sagen, wie er das organisieren will, wie er Integrationskur-se organisieren und vor allem finanzieren will.

Ich möchte gerne zum Schluss kommen. Jeden Tag weitere, härtere Forderungen zu stellen und Sanktionen gegen vermeintlich integrationsunwillige Flüchtlinge zu fordern bzw. immer wieder zu postulieren, ist Gift für unser gesellschaftliches Klima

und sorgt für eine weitere Verunsicherung der hiesigen Bevölkerung. Sie werden dadurch nicht Ihren rechten Flügel zurückgewinnen, sondern betreiben damit ein - und das darf man auch so sagen - klassisches AfD-Konjunkturprogramm. Das ist brandgefährlich und einer demokratischen Volkspartei schlichtweg unwürdig.

Daher appelliere ich abschließend an Sie: Hören Sie auf, aus wahlkampfaktischen Gründen Schlagzeilen auf dem Rücken von vermeintlich integrationsunwilligen Flüchtlingen zu generieren. Das ist unwürdig.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.